per la ce brigades international



"Nur indem wir unsere Umwelt schützen, können wir unser Leben schützen"

Im Interview mit Celsa Valdovinos Ríos, Leiterin von "Mujeres Ecologistas" aus Mexiko

Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst

Eine überzeugende, gewaltfreie Alternative



Liebe Leserinnen und Leser,

das Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD) feierte 2009 zehnjähriges Bestehen. Genauso lang besteht auch die Zusammenarbeit mit pbi. Der Jahrestag wurde mit einer neu gestalteten Ausstellung zur Friedensarbeit und einer Jubiläumsveranstaltung zelebriert. Obwohl der Weg der zivilen Konfliktbearbeitung und gewaltfreien Kommunikation nur langsam Früchte trägt und die finanziellen Mittel noch lange nicht mit den Militärausgaben konkurrieren können, ließen sich in den letzten Jahren weltweit viele Erfolge erzielen. Das Konsortium Ziviler Friedensdienst hat deshalb das Buch "Gewaltfrei für den Frieden" veröffentlicht. Darin wird anhand expliziter Beispiele aus zehn Ländern die Arbeit des ZFD sowie sein Anliegen vorgestellt. Es macht deutlich, was durch zivile Konfliktlösung und Gewaltprävention erreicht werden kann. Mit dem zehnjährigen Jubiläum des ZFD beschäftigt sich unser Schwerpunkt.

Leider haben Menschenrechtsorganisationen in vielen Ländern dieser Erde keinen leichten Stand. Sie werden verfolgt und angeprangert, die Mitglieder bedroht, verschwunden

Titelthema

gelassen oder sogar getötet. Selbst pbi und die pbi-MitarbeiterInnen, die diese Organisationen begleiten, haben es oft schwer, ihrer Arbeit nachzugehen. Eines dieser "Problemkinder" ist derzeit Kolumbien. Der Menschenrechtsorganisation cia y Paz" und der Friedensgemeinde "San José de Apartadó", die beide von pbi begleitet werden, sowie auch pbi selbst wurden vorgeworfen, die Aktivitäten der Guerilla zu decken. Trotz dieser Widrigkeiten geben die pbi-MitarbeiterInnen und die MenschenrechtsverteidigerInnen nicht auf – wie es auch in vielen anderen Teilen der Welt der Fall ist. In unserem Interview spricht Celsa Valdovinos Ríos aus Mexiko darüber, warum sie trotz aller Widerstände ihren Kampf um Gerechtigkeit weiterführt. Denn es gilt, was der französische Politiker Aristide Briand (1862-1932) formulierte: "Aber der Friede erfordert unentwegten, zähen, dauernden Dienst, er verlangt Ausdauer, erlaubt keine Zweifel."

Wir wünschen Ihnen eine anregende und spannende Lektüre,

Ihre Rundbrief-Redaktion

peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas/Mexiko (SIPAZ) engagiert.

Interview mit Celsa Valdovinos Ríos aus Mexiko Kurznachrichten Aktuelles aus dem Inland Kurznachrichten **►** 6-7 Aktuelles aus den Projekten Rezension **►** 12 Ermutigendes Plädoyer: 15 Jahre pbi-Kolumbienprojekt Aktuelles **►** 13-14 Schwerer Stand für Menschen-

rechtlerInnen in Kolumbien

Personalia

Schwerpunkt Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst

Was sind die Erfolge des Programms? Wo liegen die Grenzen? Und was sagen die ZFD-Kräfte nach ihrem Einsatz? Wir ziehen Bilanz zum zehnjährigen Jubiläum.



Titelbild: Ein ungewohntes Bild in Mexiko: Celsa Valdovinos Ríos von "Mujeres Ecologistas" transportiert Baumsetzlinge mit dem Quad.

► 3-4

Impressum

Hrsg.:

pbi Deutscher Zweig e.V. Harkortstr. 121 D-22765 Hamburg

Redaktion: Christoph Behrends, Doris Erdmann (V.i.S.d.P.), Dorothee von Freier, Johanna Fricke, Eva Helmstädter, Patrick Hezel, Teresa Huhle, Christel Köhler, Dagmar Kronenberg, Michaela Stemplinger, Ole Wrobel

Beiträge: Christoph Behrends, Doris Erdmann, Johanna Fricke, Petra Gramer, Teresa Huhle, Eva Helmstädter, Paola Rosini, Michaela Stemplinger, Dr. Peter Tachau, Ole Wrobel

Fotos: Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee, Bundespresseamt / Kühler, Patrick Bröhl, Doris Erdmann, Iris Friedrich, Matthias Hillig, Julika Koch, pbi Guatemala, pbi Kolumbien, pbi Mexiko, pbi Nepal, pbi Schweiz, Celsa Valdovinos Ríos, Michaela Stemplinger, Julia Wältring, Silvia Weber

Layout: CREALUX Kommunikationsdesign Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg



Eigene Hühner sichern die Unabhängigkeit der Frauen

Die Frauen von OMESP können stolz auf ihre Ernte sein

"Nur indem wir unsere Umwelt schützen, können wir unser Leben schützen"

Im Interview mit Celsa Valdovinos Ríos, Leiterin von "Mujeres Ecologistas" aus Mexiko

ELSA VALDOVINOS RÍOS ist die Gründerin der "Ökologischen Frauenorganisation der Sierra de Petatlán" (OMESP), kurz: "Mujeres Ecologistas". Seit August 2005 werden sie und ihre im Jahr 2000 gegründete Organisation von pbi begleitet. Im Februar 2010 reiste Celsa nach Deutschland, um in Berlin eine Tagung zur Menschenrechtslage in Mexiko zu besuchen. Die pbi-Mitarbeiterinnen MICHAELA STEMPLINGER und HEIKE KAMMER sprachen mit ihr über ihre Arbeit in Mexiko.

pbi-Rundbrief: "Mujeres ecologistas" gilt als Musterbeispiel für die erfolgreiche Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Was genau sind die Schwerpunkte eurer Organisation?

Celsa Valdovinos Ríos: Der wichtigste Punkt, an dem wir arbeiten, ist der Anbau von Lebensmitteln, die wir selber zum Essen und Überleben brauchen. Natürlich soll das auch gesund sein, deshalb benutzen wir keine Chemikalien. Ein anderer, sehr wichtiger Faktor bei unserer Arbeit ist der Umweltschutz. Dabei geht es vor allem darum, die Flüsse und Bäche sowie die Wälder in unserer Region zu bewahren. Denn nur indem wir die Umwelt schützen, können wir unser Leben schützen, Trinkwasser gewinnen und Nahrung anbauen. Außerdem bieten wir Workshops an, durch die wir unseren

Mitmenschen lehren wollen, die Umwelt zu schützen, um ihr Leben zu verbessern. Sehr wichtig ist auch die Vergabe von Kleinkrediten, die sogenannte "Sparbüchse", die aus eigenen Beiträgen finanziert wird.

Was war für dich persönlich der Auslöser, die Organisation zu gründen?

Ich sah, wie sehr die Frauen diskriminiert wurden. Es gab schon sehr viele Umweltschutzorganisationen, die jedoch nur männliche Mitglieder zählten. Meiner Meinung nach war es jedoch sehr wichtig, dass Frauen ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Wie haben die Männer damals auf diesen Schritt reagiert?

Die Männer wurden ziemlich wütend und beschimpften uns. Sie warfen uns ständig an den Kopf, dass wir versagen würden. Das ist teilweise auch heute noch so. Die Männer sind sehr eitel und hatten damals Angst, dass wir Frauen genau so gut oder vielleicht sogar besser arbeiten könnten. Aber mit der Zeit haben viele Männer gesehen, was selbst Frauen erreichen können. Mit einigen dieser "männlichen" Organisationen haben sich über die Zeit sogar Kooperationen gebildet. Sie haben gesehen, dass wir einen wichtigen Beitrag leisten.

Aus diesen Gründen geben wir in der Organisation auch viele Workshops zum Thema "Rechte der Frauen" oder Seminare, um das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken.

Wie hat sich die Lage der Frauen und der Umwelt in der Region durch deine Arbeit seit 2000 verändert?

Zum Einen können die Frauen jetzt viel mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sie haben mehr Selbstvertrauen und werden stärker akzeptiert. Zum Beispiel sind seit letztem Jahr die meisten Posten des Schulkomitees von Frauen besetzt. Wir können zudem sehen, dass sich die Frauen selbst weiter entwickelt haben. Sie haben eigene Gärten angelegt, haben eigene Hühnerfarmen, arbeiten in Baumschulen. Sie werfen ihren Müll jetzt auch nicht mehr einfach in den nächsten Graben oder in den Fluss, sondern haben ein Bewusstsein für Umweltschutz entwickelt. Zum Anderen haben die Frauen begonnen, ihre Lebensmittel untereinander zu tauschen. Die Menschen haben gesehen, dass man kein Geld braucht, um zu überleben oder um sich gegenseitig zu helfen. Jetzt kommen sogar Frauen aus anderen Regionen, die von uns gehört oder unsere Arbeit gesehen haben und bitten um Hilfe. Manchmal kommen sie von sehr weit her, um von uns zu lernen. Es gäbe vielleicht noch viele weitere Frauen und Organisationen, denen wir helfen könnten, doch das Reisen in andere Regionen Mexikos ist einfach zu gefährlich.

Vor wem genau müsst ihr bei eurer Arbeit oder auf euren Reisen Angst haben?

Zum Beispiel vor dem Militär. Wir machen in der Organisation gute Arbeit, aber das Militär geht gegen unsere Organisation vor. Die Soldaten werden von der Regierung geschickt. Sie kommen unangekündigt, erstellen Straßensperren, befragen Mitglieder der Organisation und auch AnwohnerInnen, durchsuchen Häuser, halten die Leute fest oder lassen welche von ihnen verschwinden. Früher kamen die Soldaten nur tagsüber, aber neuerdings kommen sie sogar nachts. Das ist sehr schlimm. Wir haben Angst, uns frei zu bewegen, weil wir nicht wissen, was uns passieren kann. Kriminalität ist in unserer Region ebenfalls sehr verbreitet. Manchmal wissen wir gar nicht, ob wir jetzt von Soldaten oder von Kriminellen, wie etwa Dieben oder Drogenhändlern angegriffen wurden.

In der Region Guerrero ist der Drogenhandel außerordentlich stark. Wird die Tätigkeit eurer Organisation dadurch weiter eingeschränkt?

Auf alle Fälle. Die Drogenhändler entführen und ermorden ständig Menschen, um Sachen zu vertuschen oder Schulden einzufordern. Wir haben sehr viel Angst, vor ihnen. Außerdem werden viele Repressionen gegen uns mit dem Drogenhandel begründet. Der vorherige Präsident Fox hat zum Beispiel oft gesagt, dass man alle Umweltschutzorganisationen bekämpfen müsste, da diese Drogen anbauen und die Drogenhändler schützen würden.

Warum kämpfen die Regierung und das Militär gegen eure Organisationen?

Sie wollen die Wälder abholzen und die Flüsse trocknen, sprich, die Umwelt zerstören, um die vorhandenen Rohstoffe für ihren eigenen Gewinn und ihren eigenen Vorteil auszubeuten. Dass wir, die auf dem Land wohnen und von der Umwelt abhängig sind, dafür mit unserem Leben bezahlen müssen, wollen sie nicht sehen.

Was gibt dir die Kraft, trotz allem mit deiner Arbeit weiter zu machen?

Ich mache diese Arbeit gerne und bin stolz auf das, was wir schon erreichen konnten. Ich will den Menschen helfen, ich will, dass sie sich weiter entwickeln und ein besseres Leben führen können. Ich will in meinem Leben etwas Gutes hinterlassen.

Die "Mujeres Ecologistas" werden von pbi-Freiwilligen begleitet. Wie hat sich deine Arbeit durch die Präsenz von pbi verändert?

Ich fühle mich sicherer und bekomme durch die Menschen von pbi auch moralische Unterstützung. Durch die "Gringos/as" (weiße AusländerInnen) gibt es einfach mehr Sichtbarkeit meiner Arbeit. Die Menschen in Mexiko sehen, dass ich nicht mehr allein bin, dass Leute aus einflussreichen Ländern meine Arbeit und mich unterstützen. Außerdem werden die "Gringos/-as" von den Autoritäten unseres Landes besser anerkannt. Die Abteilung "Ländliche Entwicklung", die zur Regierung Guerreros gehört, unterstützt jetzt sogar meine Arbeit mit dem Anbau der Lebensmittel.

Du hast in den letzten Tagen an der Mexikotagung und weltwärts-Fachkonferenz teilgenommen. Was versprichst du dir von der Teilnahme?

Wir hätten gerne einige weltwärts-Freiwillige, die uns bei administrativen und organisatorischen Aufgaben unterstützen. Wir sind doch alle nur einfache Bauern ohne das nötige Know-how. Außerdem hoffen wir, dass wir auf unsere Situation und unsere Organisation aufmerksam machen konnten und mehr Hilfe von Europa bekommen. Wir möchten, dass sich die Menschen hier für uns einsetzen, mit ihrer Regierung sprechen und Druck auf die mexikanische Regierung ausüben. Darüber hinaus wollten wir die Menschen dazu animieren, stärker für den Umweltschutz einzutreten. Die Verschmutzung und der Klimawandel sind große Probleme, die uns alle betreffen. Alle Menschen auf diesem Planeten müssen dagegen angehen und die ökologische Situation weltweit verbessern. Das ist unser Traum und auch unsere Hoffnung.

Vielen Dank für das Gespräch!



Celsa Valdovinos Ríos (re.) berichtet Michaela Stemplinger (li.) über ihre bisherigen Erfolge

Großer Andrang bei Fachmesse zur Entwicklungszusammenarbeit



Mitglieder der pbi-Regionalgruppe Köln standen den BesucherInnen Rede und Antwort

Ungefähr 1.800 Interessierte kamen im November 2009 zur Bonner Fachmesse zum Thema Entwicklungszusammenarbeit (EZ), "Engagement weltweit". Auch pbi war unter den 64 Organisationen, die an ihren Ständen über Einsatzmöglichkeiten, Aufgabe und Ziele ihrer Projekte informierten. "Wir konnten viele neue InteressentInnen gewinnen", resümiert Detlef Mrosk von der Regionalgruppe Köln. Auf besonderes Interesse stießen dabei die pbi-Projekte in Lateinamerika, Möglichkeiten des ehrenamtlichen En-

gagements im Inland und das Schulprojekt. In Vorträgen und Gesprächsrunden zum Arbeitsmarkt EZ, zu den Arbeitsfeldern und Handlungsebenen und zu den Qualifizierungsangeboten für internationale Einsätze wurden zudem neue Entwicklungen und Programme vorgestellt, persönliche Erfahrungen vermittelt und zahlreiche Fragen beantwortet. Viele ReferentInnen betonten die wachsende Professionalisierung in der EZ. Die nächste "Engagement weltweit" findet im November 2011 statt.

Neue Kampagne zum Freiwilligendienst



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ konnten neue Materialien erstellt werden

Als Freiwillige/r des Friedensdienstes ins Ausland zu gehen, ist eine große Herausforderung. Um auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen, führte pbi in den letzten Monaten eine Öffentlichkeitskampagne durch. Neben neuen Postern, Flyern, Broschüren und Postkarten entstanden Aufsteller für Infostände und Messen. Außerdem schaltete pbi Anzeigen in zwölf Zeitungen und Zeitschriften sowie im Fahrplan der ICE-Strecke Bonn-Berlin. In den S-Bahnen der Städte Berlin, Hamburg und München wurden zudem Plakate aufgehängt. pbi konnte durch die Kampagne erfolgreich neue Interessierte gewinnen, die sich über pbi und den Freiwilligendienst informiert haben.

Friedenspädagogische Tagung in Hamburg



Workshop zu Globalem Lernen und Friedenserziehung mit Referentin Paola Rosini (li.)

Unter dem Titel "Der Friedenspädagogische Blick" fand am 18.-19.2.2010 in Hamburg eine Tagung für MultiplikatorInnen aus der Friedensarbeit statt. Veranstalter war das "Netzwerk Friedenspädagogik", an dem pbi beteiligt ist. Prof. Dr. Werner Wintersteiner vom Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik in Klagenfurt stell-

te im Eröffnungsvortrag die aktuellen Herausforderungen der Friedenspädagogik in den Vordergrund. Die pbi-Mitarbeiterinnen Paola Rosini und Lisa Kleinevoß diskutierten in einem anschließenden Workshop mit den TeilnehmerInnen das heutige Verhältnis zwischen Globalem Lernen und Friedenspädagogik sowie bestehende Grenzen bei der Umsetzung in die Praxis. In einem weiteren Workshop wurde das Thema "Bundeswehr an Schulen" analysiert.

Mit 60 TeilnehmerInnen verlief die Tagung sehr erfolgreich. "Wir freuen uns, dass so viele MultiplikatorInnen aus dem norddeutschen Raum Interesse gezeigt haben - nicht nur an der Tagung, sondern auch an einer langfristigen Zusammenarbeit", sagte Paola Rosini von pbi. Bis zur Folgeveranstaltung im nächsten Jahr plant das Netzwerk eine gemeinsame Ausstellung und einen Kalender zur Friedenspädagogik.



Im Workshop wurden Pläne zur weiteren Zusammenarbeit geschmiedet

Nepal



pbi begleitet Anwälte, die Menschenrechtsverletzungen anzeigen wollen

Neue AkteurInnen im Friedensprozess: Am 8. Januar 2010 hat das
"High Level Political Mechanism" (HLPM)
seine Arbeit zur Unterstützung des Friedensprozesses in Nepal aufgenommen. Die
Institution soll unter anderem den schleppend verlaufenden Entlassungsprozess
maoistischer KämpferInnen und deren Integration in die nationalen Sicherheitskräfte
unterstützen. Der Streit um diese Aufgabe,
die unter der Aufsicht der United Nations
Mission in Nepal durchgeführt wird, hatte
bereits im Frühjahr 2009 zum Austritt der
maoistischen Partei aus der Regierung geführt.

Nach dem politischen Stillstand der letzten Monate, geprägt von Protestwellen und landesweiten Streiks, ist diese Entwicklung ein möglicher Schritt in Richtung eines neuen Verfassungsentwurfs. Die Frist dafür läuft am 28. Mai 2010 aus. In Folge der Einigung zogen die Maoisten ihre Ankündigung weiterer Proteste zurück. KritikerInnen bemängelten jedoch die fehlende politische Legitimität des HLPM, da es nicht alle AkteurInnen an der Diskussion beteilige.

Landesweite Aktionen zum Tag der Menschenrechte: Am 10. Dezember 2009 brachten AnwältInnen des "Advocacy Forum" (AF) in allen Distrikten des Landes Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den lokalen Polizeidienststellen zur Anklage, um gegen Straflosigkeit zu protestieren. Bislang wurde jedoch keiner der Fälle offiziell registriert.

Im Distrikt Bardiya suchte am 10. Dezember eine Delegation von BotschafterInnen aus acht Ländern das persönliche Gespräch mit Konfliktopfern und ihren Angehörigen. Außerdem kam es zu Gesprächen mit pbi und Partnerorganisationen.

Eilaktion im Fall Jai Kishor Labh:

Seit kurzem werden Devi Sunuwar und Jai Kishor Labh begleitet, die aufgrund ihrer Suche nach verschwundenen Familienangehörigen bedroht werden. Im Fall Jai Kishor Labhs wurden die Botschaften der Ländergruppen im Rahmen einer Eilaktion um Unterstützung gebeten.



Jai Kishor Labh (li.) will aufklären, wie sein Sohn verschwand

Kolumbien



Fühlt sich mit pbi sicherer: Bayron Ricardo Góngora Arango

Drohungen gegen Anwalt: pbi Kolumbien ist besorgt über Drohungen gegen Bayron Ricardo Góngora Arango, Mitglied des Anwaltskollektivs "Freiheit" (CJL) aus Medellín, das seit 2001 von pbi begleitet wird. Am 9. Februar 2010 erfuhr

das Kollektiv, dass ein Mordanschlag auf Góngora Arango in Auftrag gegeben worden sei. Der Anwalt verteidigt zur Zeit die Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen. Der Prozess richtet sich gegen Generäle, die laut Aussagen von Paramilitärs an der Operation "Orión" beteiligt waren. Bei dieser wurden im Oktober 2002 14 Menschen getötet und 450 festgenommen. Auf Grund der akuten Bedrohung wurde die Begleitung durch pbi intensiviert.

Anklage vor Interamerikanischem Gerichtshof: Das von pbi begleitete Anwaltskollektiv "José Alvear Restrepo" (CAJAR) hat Ende Januar 2010 den Mord an dem Politiker Manuel Cepeda Vargas vor dem Interamerikanischen Gericht für Menschenrechte zur Anklage gebracht. Cepeda Vargas war Senator für die linksgerichtete Partei "Unión Patriótica" und wurde laut CAJAR 1994 von Militärs und Paramilitärs ermordet. Nach An-

gaben von CAJAR ist dieser Fall sehr brisant, weil zum ersten Mal ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Mord an einer politischen Führungspersönlichkeit verhandelt wird.

Gewerkschaftsproteste gegen EU-Freihandelsabkommen: Am

1. März 2010 kamen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien zum Abschluss. Dieses muss nun vom Europaparlament bestätigt werden. Zahlreiche europäische Gewerkschaften sind an Protestaktionen gegen das Abkommen beteiligt. Der Protest richtet sich in erster Linie gegen die fehlende Berücksichtigung der Menschenrechtssituation Kolumbiens bei den Verhandlungen. Denn Kolumbien ist weltweit das gefährlichste Land für GewerkschafterInnen: Seit 1986 wurden über 2700 Personen ermordet.

Indonesien



Pastor John Djonga (li.) im Gespräch mit David Brockhaus (pbi Schweiz, re.)

Menschenrechtspreis an Pastor John Djonga: Am 10. Dezember 2009 wurde der indonesische Menschenrechtspreis an den katholischen Pastor John Djonga in Papua verliehen. Die Jury begründete die Entscheidung mit dem außergewöhnlichen Engagement des Pastors für die Rechte der indigenen Bevölkerung Papuas. Seit 2008 wird er von pbi begleitet.

Workshops zu häuslicher Gewalt:

Gemeinsam mit dem "Solidaritätsnetzwerk von Opfergruppen" (BUK) veranstaltete pbi im Dezember und Januar Workshops zu häuslicher Gewalt. Sie fanden in zwei Dörfern in der Nähe von Wamena (Papua) statt. Am ersten Workshop nahmen rund 150 Personen teil - weitaus mehr als erwartet.

Keine Reiseerlaubnis mehr für Wamena: Ende Januar mussten die pbi-Freiwilligen Wamena verlassen, da ihre Reiseerlaubnis für Papua von den Behörden nicht verlängert wurde. Der Handlungsspielraum von pbi in Papua ist dadurch sehr beschränkt worden. Die Freiwilligen befinden sich nun in der Provinzhauptstadt Jayapura und halten von dort aus telefonisch Kontakt zu den Begleiteten.

Guatemala

Prozessurteile zu Verschwindenlassen: Im August 2009 erging ein historisches Urteil im Prozess gegen den ehemaligen Militärbeauftragten Felipe Cusanero Coj. Er wurde wegen Verschwindenlassens von sechs Personen zu 150 Jahren Haft verurteilt. Im Dezember erging ein weiteres Urteil an den pensionierten Oberst Marco Antonio Sánchez Samayoa wegen des Verschwindenlassens von acht Personen am 19. Oktober 1981 in der Ortschaft El Jute. Er wird 53 Jahre inhaftiert.

Mord an Maya-Anwalt: Am 17. Oktober 2009 wurde Fausto Otzín im Departement Chimaltenango ermordet. Der 32-jährige Direktor der "Vereinigung der mayastämmigen AnwältInnen und NotarInnen" (AANM) setzte sich für die Landrechte der Mayabevölkerung gegenüber transnationalen Unternehmen und BergwerkseignerInnen ein. Bereits in den Monaten zuvor wurden indigene Führungspersönlichkeiten Opfer von Mordanschlägen.

Neue Begleitungen im Kampf gegen Großprojekte: Im Juli 2009 hat pbi begonnen, den "Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán" (AMISMAXAJ) in Jalapa zu begleiten. Der Verein verteidigt Frauenrechte und Territoriumsansprüche gegenüber der lokalen Minen- und Ölindustrie. Neu begleitet wird auch die Zentrale Bauernkoordination "Chortí Nue-



Erster Besuch in der Gemeinde der Frauenorganisation AMISMAXAJ

vo Día" im Department Chiquimula sowie die "Vereinigung der Dörfer von San Juan" (Qamolo Ki Aj Sanjuani - Unamos Pueblos Sanjuaneros) in der Gemeinde San Juan Sacatepéquez.

Mexiko

Urteil zu Rosendo Radillas Verschwindenlassen: Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat in seinem abschließenden, nicht anfechtbaren Urteil vom Dezember 2009 den mexikanischen Staat für das erzwungene Verschwindenlassen von Tita Radillas Vater verantwortlich erklärt. Das Urteil stellte zudem eine Verletzung des Rechts von Rosendos Verwandtschaft auf Zugang zu Rechtsprechung und einem fairen Prozess fest.

Freilassung von Juan Manuel Martínez Moreno: Am 18. Februar 2010 wurde der zu Unrecht inhaftierte Juan Manuel Martínez Moreno nach 16-monatiger Haft freigelassen. Seine Verteidigerin Alba Cruz, die dem "Komitee 25. November" angehört, war seit 2006 kontinuierlich Bedrohungen und Übergriffen ausgesetzt. Seit November 2009 begleitet



Juan Manuel Martínez Moreno am Tag seiner Freilassung

pbi das Komitee, das Opfer und Angehörige der 2006 blutig niedergeschlagenen Unruhen vertritt. Ebenfalls seit November wird das "Zentrum für Menschenrechte und Beratung Indigener Völker" (CEDHAPI) im Bundesstaat Oaxaca begleitet.

Internationale Anwaltsdelegation besucht Guerrero und Oaxaca: pbi organisierte Ende vergangenen Jahres den Besuch von 13 RechtsanwältInnen aus Kanada, Deutschland, Großbritannien, Spanien und den USA. Ziel der Reise war es, mehr Bewusstsein für Menschenrechtsverletzungen in der Region zu schaffen, um diese besser verhindern zu können

Abel Barrera, Celsa Valdovinos Ríos und Alba Cruz bei Mexikotagung: Zwischen dem 5. und 7. Februar 2010 waren Abel Barrera, Celsa Valdovinos Ríos und Alba Cruz – von pbi begleitete MenschenrechtsverteidigerInnen – auf der Tagung der "Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko" in Berlin zu Gast. Ein Interview mit Celsa Valdovinos Ríos lesen Sie auf Seite 3 dieses Rundbriefs.

"Das wollten wir immer schon!"

Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst - Zehn Jahre Zusammenarbeit mit pbi



Heidemarie Wieczorek-Zeul verabschiedet die ersten ZFD-Freiwilligen im November 1999

Während die derzeitige Umstrukturierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter DIRK NIEBEL (FDP) auf teils heftige Kritik stößt, scheint die Zukunft des Programmes Ziviler Friedensdienst zumindest vorerst gesichert. Am Rande eines Besuches des Khmer-Rouge-Tribunals in Kambodscha Mitte März würdigte der Bundesminister die gute Arbeit des Zivilen Friedensdienstes im Bereich der Friedens- und Versöhnungsarbeit.

Das Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD) feierte im vergangenen Jahr zehnjähriges Bestehen. Mit Hilfe der beiden Kirchen hatten seit 1997 Überlegungen bei der Bundesregierung stattgefunden, in den Ländern des Südens eine aktivere Rolle bei der Krisenvorsorge und der Gestaltung einer Zivilgesellschaft zu spielen, um stärker als bislang Friedensbemühungen in die Entwicklungsarbeit einzubringen. Ansätze dafür hatte es schon vorher in einigen entwicklungspolitischen Diensten gegeben, doch seit 1999 sind sie im "Konsortium Ziviler Friedensdienst" gebündelt. Über einen Dachverband ist auch pbi vertreten. Die Entsendung der ZFD-Fachkräfte erfolgt gemeinsam mit dem "Evangelischen Entwicklungsdienst" (EED).

Die Bundesregierung unterstützte 2009 diese Friedensfachkräfte jährlich mit einem Budget von 30 Millionen Euro. Über 500 Friedensfachkräfte sind seither in verschiedene Konfliktregionen vermittelt worden. Sie sollen, wie es in einer Erklärung der Bundesregierung vom 19. August heißt, "Brücken zwischen Konfliktparteien" bauen, sie dabei unterstützen, "Gewalt bereits vor Ausbruch" zu verhindern und "Versöhnungsmaßnahmen" in die Wege zu leiten. Im kommenden Jahr werden in über 40 Ländern über 200 Fachkräfte im Rahmen des ZFD daran arbeiten. Auch wenn diese Zahlen auf den ersten Blick beeindrucken, so lösen sie doch schon auf den zweiten Blick viele Fragen aus.



Rückblick auf die Anfangszeit des ZFD: Christiane Schwarz (pbi) beim Festakt in Berlin

Wenig für den Frieden und viel für den Krieg?

Eine davon ist: In welchem Verhältnis stehen diese Friedensbemühungen zu den vielen Geldern, die wir, der deutsche Staat, das Parlament, für gewaltsames Handeln der Bundeswehr ausgeben? Auf 31,1 Milliarden Euro ist der Wehretat 2009 gestiegen. Wäre es richtig zu sagen, dass sich die Bundesregierung mit dem Zivilen Friedensdienst auf einen Friedensweg begeben hat? Oder müsste behauptet werden, dass der Zivile Friedensdienst lediglich eine taktische Ergänzung ist für die SoldatInnen und deutschen PolizistInnen im Ausland? Ist er vielleicht so etwas wie eine Beruhigung für eine Außenpolitik, die Gewalt als Mittel durchaus nicht verneint? In jedem Fall wäre das Verhältnis, in dem Friedenspolitik und Bundeswehr zueinander stehen, genauer zu bestimmen.

Neben der Neubesetzung eines Abteilungsleiterpostens im "Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (BMZ) durch einen Oberst ist Afghanistan derzeit für diese Frage der klassische Fall. Militär ist dort auch für den zivilen Aufbau zuständig, und zivile Kräfte bauen die Polizei des Landes auf. Sollen ihre Einflussbereiche klar getrennt werden oder kann ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden, in dem beide Wege nebeneinander bestehen und gangbar sind? In welchem größeren politischen Zusammenhang steht also der Zivile Friedensdienst?

Welche Erfolge gibt es bisher?

Neben diesen Fragen, die zeigen, in welch schwierigem Umfeld einige ZFD-Projekte stehen, gibt es aber auch positivere Beispiele:

• sei es durch Angebote zur Weiterbildung im Friedensjournalismus, um die Eskalation eines religiösen

Konfliktes zu verhindern, etwa zwischen Christen und Moslems in Nigeria

- oder durch Bildung eines Friedensdachverbandes im Kosovo zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- oder durch die Unterstützung von Organisationen zum Schutz von indigenen Gemeinden in Kolumbien.

Die Erfolge zu messen, die durch Friedensarbeit erreicht werden, ist Bestandteil einer Evaluation, die den gesamten Friedensdienst umfassen soll. Deren Ergebnisse werden noch dieses Jahr erwartet. Man erhofft sich dabei Antworten auf Fragen wie: Welche Umstände lassen Friedensarbeit gelingen, welche sprechen dagegen? Welche kulturellen Traditionen und religiösen Stimmungen sind ausschlaggebend, Friedensbemühungen erfolgreich sein zu lassen? Welche Ausbildungen müssen die Friedensfachkräfte haben? Welches sind die Gruppen, mit denen Friedensfachkräfte zusammenarbeiten sollten, mit welchen eher nicht?

"Es hat sich etwas verändert!"

Dabei wird die Notwendigkeit, sich für Frieden einzusetzen, gar nicht in Frage gestellt. Trotzdem ist die Erkenntnis jetzt schon klar: "Es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein", sagt Astrid Hake, Koordinatorin der deutschen pbi-Ländergruppe. Aber dann korrigiert sie sich und meint: "Es hat sich auch etwas sichtbar positiv verändert: So hat sich der Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung etabliert. Und es gibt jetzt eine breitere wissenschaftliche Auseinandersetzung als früher mit dem Thema von Frieden und Gewaltprävention. Außerdem gibt es seit 1998 die 'Plattform Zivile Konfliktbearbeitung'. Der Begriff hat Eingang in die politische Arena gefunden!" Und sie berichtet von einem Beispiel: "In Kolumbien interessiert sich jetzt auch die französische Regierung für den ZFD, weil sie ihn durch pbi dort kennen gelernt hat. Das ist doch ein guter Erfolg!"

Ein Teil der Friedensfachkräfte von pbi wird seit 1999 über den ZFD finanziert. Auf die Frage, ob es einen Unterschied gebe zwischen den pbi-Fachkräften und denen, die mit Hilfe des ZFD vermittelt werden, meint Astrid Hake: "Diesen Unterschied sollte es eigentlich nicht geben, die Arbeit ist die gleiche. Natürlich ist die finanzielle Ausstatung dort etwas günstiger, aber wir haben ja einen Solidaritätsfonds, in den die ZFD-Kräfte einzahlen." Aus dem Fonds werden pbi-Freiwillige nach ihrer Rückkehr nach Deutschland u. a. mit einer halbjährigen Projektreferentlnnenstelle gefördert.

Räume für den Frieden schaffen

Ob es sich bisher gelohnt hat, ob der Frieden gewachsen ist durch deren Einsatz – wie soll man das messen? Große Ziele sind für Einzelne und auch für Organisationen mit einem begrenzten Handlungsspielraum wie pbi nicht immer zu verwirklichen. Doch dem Frieden ist schon gedient, wenn ein Rechtsanwalt seinen Weg sicher von seinem Haus zum Gericht nehmen kann, ohne dass er ermordet wird; oder wenn die Menschenrechtsaktivistin zu einer Vertretung der UNO gehen kann, ohne dass sie verschleppt wird. Kleine und doch große Erfolge sind das, die möglich sind, wenn pbi-Fachkräfte diese Art von Schutz anbieten und sich dabei bescheiden im Hindergrund halten.

120 Fachkräfte für den Frieden hat pbi seit 1986 vermittelt. 24 davon sind mit dem Programm ZFD nach Übersee gegangen. Und die Anzahl derer, die pbi vermitteln kann, wird steigen. "Es sind etwa 25 pro Jahr," so sagt Astrid Hake, "das ist doch ein guter Erfolg. Und," fährt sie fort, "dass es jetzt zehn Jahre den Zivilen Friedensdienst gibt, zeigt doch, dass die Regierung etwas aufgegriffen hat, was wir und andere aus der Zivilgesellschaft ja immer schon wollten." -- **p**

Weitere Informationen:

www.ziviler-friedensdienst.org www.forumzfd.de



Bereits 24 ZFD-Kräfte waren für pbi tätig. Michael Tamblyn (li.) ist einer davon

Buchtipp:

"Gewaltfrei für den Frieden. Menschen und Projekte – Eine Reise um den Globus": Reportagebuch mit Berichten aus zehn Ländern, herausgegeben vom Konsortium ZFD, erschienen im Brandes & Apsel-Verlag. 96 Seiten, 9,90 Euro, ISBN: 978-3-86099-615-7

Auch in der Hamburger Geschäftsstelle von pbi erhältlich.





Julia Wältring (re.) begleitet die Anwältin Annye von CREDHOS (li.) bei einer Kundgebung in Barrancabermeja

Eine überzeugende, gewaltfreie Alternative

Zwei Jahre als ZFD-Fachkraft in Kolumbien

JULIA WÄLTRING führte ein Leben zwischen Schutzbegleitung, Teamtreffen und Kommunikationsarbeit. Die 35-jährige Diplom-Sozialpädagogin arbeitete zwei Jahre als mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) entsendete Friedensfachkraft in Kolumbien. Sie war zunächst in Barrancabermeja tätig, später in der Hauptstadt Bogotá. Im Gespräch mit pbi-Rundbriefredakteur CHRISTOPH BEHRENDS erläutert sie die Arbeit von pbi Kolumbien, schildert ihren Alltag und ihren Blick auf den ZFD.

pbi-Rundbrief: Du warst zwei Jahre mit pbi über den ZFD in Kolumbien. Welche Schwerpunkte hat das pbi-Kolumbienprojekt?

Julia Wältring: Einen Schwerpunkt bildet die physische Begleitung, das heißt wir gehen wortwörtlich an der Seite von MenschenrechtsverteidigerInnen. In einem weißen T-Shirt mit dem pbi-Logo begleiten wir auf Anfrage diese Menschen zu einem Gerichtstermin, zu einer Fortbildung mit einer Frauengruppe in einem Stadtviertel oder bei einer mehrtägigen Ermittlungskommission auf dem Land.

Hast du während der Begleitung heikle Situationen erlebt?

Schon gleich zu Anfang, noch mitten in der Eingewöhnungszeit im pbi-Team in Barrancabermeja, bekam ich hautnah mit, was eine 24-Stunden-Begleitung bedeutet. Die Vorsitzende der Frauenorganisation "Organización Femenina Popular" (OFP) wurde in ihrer Wohnung überfallen. Mit einer Waffe am Kopf wurde sie beschimpft und es wurde ihr damit gedroht, dass sie 48 Stunden Zeit hätte, Barrancabermeja zu verlassen, sonst würde ihrer Familie etwas angetan werden. Daraufhin bat sie um eine ständige Begleitung von pbi. Das hieß dann, dass wir über Nacht dort blieben und sie auf Schritt und Tritt begleiteten.

Was macht pbi Kolumbien noch?

Regelmäßige Besuche im Büro der jeweiligen Menschenrechtsorganisation, die Beobachtung öffentlicher Veranstaltungen wie z. B. Gemeindeversammlungen und Kundgebungen, und die internationale Präsenz bei Rückführungsprozessen vertriebener Gemeinden sowie bei "Runden Tischen" und Dialogprozessen gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten.

Informieren und kommunizieren spielt also eine große Rolle?

Die regelmäßigen Kontakte mit VertreterInnen der nationalen Autoritäten und der internationalen Gemeinschaft wie Botschaften und den Vereinten Nationen und mit Abgeordneten in den Heimatländern der pbi-BegleiterInnen sowie mit weiteren Personen, die sich mit politischem Gewicht für Kolumbien engagieren, sind sehr wichtig. Diese Kontaktstellen informieren wir regelmäßig über unsere Arbeit und über die Situation der von uns begleiteten Organisationen. Neben den regelmäßigen Gesprächen erstellen wir vierteljährlich die Zeitschrift ,ColomPBIa' und berichten monatlich für die Mitglieder unseres weltweiten Alarmnetzwerkes über besorgniserregende Vorfälle.

Inwieweit profitiert pbi Deutschland von deiner Anwesenheit vor Ort?

Die direkte Präsenz vor Ort verschafft uns Informationen aus erster Hand. So kann z. B. auch in Deutschland der "Focos de Interés" bezogen werden, ein monatliches Rundschreiben über die Menschenrechtssituation in Kolumbien und die Tätigkeiten von pbi.

Das pbi-Kolumbienprojekt bietet den begleiteten Organisationen zwei- bis dreimal jährlich Workshops zum Wiederaufbau des sozialen Netzes an. Warum ist das so wichtig?

Die Gewalt- und Bedrohungssituation in Kolumbien führt oft dazu, dass Gemeinschaften auseinander gerissen werden, dass das Vertrauen in die Gesellschaft, und sei es auch nur ein Teil der Gesellschaft wie die Nachbarschaft, zerstört wird und somit das soziale Netz der Menschen nicht mehr funktioniert oder einfach nicht mehr vorhanden ist. Auf Dauer hat das fatale Folgen für die kolumbianische Gesellschaft. Ein menschenwürdiges Lebensumfeld, zu dem auch ein soziales Netz gehört, ist notwendig für eine Gesellschaft, die gerechtes und gewaltfreies Handeln einfordert.

Wie sieht dein Alltag aus?

Ich begleite MenschenrechtsverteidigerInnen zu Gerichtsterminen oder bei mehrtägigen Reisen auf dem Land. Ich führe Gespräche mit dem diplomatischen Korps oder mit dem Militär, schreibe Artikel für "ColomPBIa" und verfasse Abschnitte des monatlichen "Focos de Interés", beschäftige mich mit Sicherheitsfragen und der Analyse der aktuellen Situation im Land. Darüber hinaus gibt es spezifische Aufgaben in den jeweiligen Teams.

Der ZFD feiert in diesem Jahr zehnjähriges Bestehen. Wo siehst du die Reichweiten und Grenzen des **Entsendeprogramms?**

Im Großen und Ganzen halte ich den ZFD für ein sinnvolles Instrument, das auch machtvoll sein und für dauerhafte gewaltfreie Konfliktlösungen stehen kann. Aber es kommt sehr auf den Spielraum an, der der Friedensfachkraft und ihrem Projekt zur Verfügung steht sowie auf den politischen Willen der beteiligten Länder und AkteurInnen. Ist letzterer nicht vorhanden, sehe ich die Gefahr, dass der ZFD zu einem reinen Prestigeobjekt werden kann, ohne jedoch zu tiefergehenden Veränderungen beitragen zu können.

Kann ein finanziell verhältnismäßig gering ausgestattetes Programm überhaupt etwas Entscheidendes zu friedlicher Konfliktlösung beitragen?

Auch ein Programm mit begrenzten finanziellen Ressourcen kann dazu beitragen, dass Schritte unternommen werden, die zu einer gewaltfreien Lösung beitragen, da es oftmals auf das Engagement der daran beteiligten Menschen ankommt und auf den Handlungsspielraum, den die Friedensfachkräfte haben. Aber klar, oftmals fehlt es an finanziellen Mitteln und es ist traurig zu sehen, dass man mehr tun könnte, aber die Mittel fehlen oder der Projektzeitraum abgelaufen ist. Oft fehlt es auch an politischem Willen. Denn es regt natürlich schon zum Nachdenken an, wenn die Bundesregierung im Rahmen des ZFD Friedensprozesse in der Welt fördert, gleichzeitig aber hohe Rüstungsausgaben verzeichnet und in einigen Ländern Regierungsprogramme unterstützt, die sich eben nicht durch die Förderung von Gerechtig-

keit und Frieden auszeichnen.

Während in den hiesigen Medien viel über die Wiederaufbauarbeit etwa der deutschen Bundeswehr in Afghanistan berichtet wird, bleiben die Errungenschaften des Zivilen Friedensdienstes meist außen vor. Hat die zivile Friedensarbeit ein Aufmerksamkeitsdefizit?

Die zivile Friedensarbeit könnte sicherlich mehr Aufmerksamkeit vertragen und hat diese verdient! Aber es ist schwer, die ja dann doch eher "sensationslose" Arbeit in die Medien zu bringen. Da braucht es interessante und innovative Ideen, um Interesse in der Gesellschaft zu wecken, sowohl um über diese Arbeit zu informieren als auch neue ZFD-Fachkräfte zu gewinnen. Zudem habe ich den Eindruck, dass viele Menschen das Konzept der zivilen Friedensarbeit mit Altruismus, Träumerei oder Abenteuer verbinden, es aber noch nicht als mögliche und gewaltfreie Alternative zu militärischer Konfliktlösung begreifen.



"Auf das Engagement der beteiligten Menschen kommt es an." Julia Wältring zum ZFD

peacebrigadesinternational

pbi ist seit 1994 auf Anfrage von lokalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, in Kolumbien. Ziel ist es, den Handlungsspielraum dieser Organisationen zu erhalten, so dass sie ihre Arbeit im Bereich der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktbearbeitung fortsetzen können.



Die Filmemacher im Gespräch mit den Menschenrechtsverteidigern Henry Salón und Ebelio Cáceres

Ermutigendes Plädoyer

15 Jahre pbi-Kolumbienprojekt

Das pbi-Kolumbienprojekt feierte im vergangenen Jahr 15jähriges Bestehen. Grund genug, die Geschichte des Projekts Revue passieren zu lassen: Der Film "15 años pbi Colombia".

Jubiläen bilden häufig einen Anlass, sich in Selbstbeweihräucherung zu üben. Die von Oliver Merchant und Taimoor Sobhan gedrehte und von Bianca Bauer mitproduzierte Dokumentation "15 años pbi Colombia" geht einen anderen Weg. Sie lässt die MenschenrechtsverteidigerInnen zu Wort kommen, die von pbi begleitet werden. Sie erzählt von Verschwundenen, Vertriebenen, von Folter und Ermordeten - aber auch von der Hoffnung und aktiven Initiative der Zivilbevölkerung, die unhaltbaren Verhältnisse zu ändern. Wo es geboten ist, mit Unterstützung von pbi.

Das Leben im Reservat Chaparral Barro Negro könnte idyllisch sein. Im Nebelwald von Nordost-Kolumbien gelegen, ist die dort beheimatete indigene Gemeinde der U'wa jedoch seit Jahren Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Im April 2007 mündeten diese in der Tötung des Gemeindevorstehers Cacique Álvaro Salón Archila. "Er hat für sein Territorium, für seine Gemeinde gekämpft", so die Witwe Salóns. Die Umstände der Tötung sind bis heute nicht aufgeklärt.

Das Reservat liegt in einer der lukrativsten Regionen für die Erdölproduk-

tion in Amerika – und so verwundert es wenig, dass einen Monat nach dem Verschwinden Salón Archilas die Erdölfirma Hocol Gemeindevertreter zu Verhandlungen hinsichtlich der Ausbeutung der Ölvorkommen einlud. "Das ist eine Methode, sich Hindernisse aus dem Weg zu schaffen", so Álvaros Nachfolger Vidal, "sie haben uns eine Schlüsselperson genommen." Nach einer Weile fügt er hinzu: "Doch es kamen andere nach. Nicht nur einer, sondern mehrere."

Es sind persönliche Geschichten wie diese, die der Film "15 años pbi Colombia" aufgreift und anhand ihrer auf die strukturellen Missstände in Kolumbien hinweist. Er nimmt uns mit auf die Reise in konfliktbehaftete Regionen: nach Recetor in der Provinz Casanare, wo Teile der Zivilbevölkerung unter dem Vorwand, es handele sich um Guerilleros, verschwunden gelassen oder außergerichtlich hingerichtet wurden: in die von der Militäroperation "Genesis" gebeutelte Region Chocó, in der die Bevölkerung humanitäre Zonen eingerichtet hat, um Bewaffneten den Zugang zu erschweren und ein Leben in Frieden führen zu können; zu einer Demonstration ins Zentrum von Medellín, bei der die "Vereinigung der Familienangehörigen von Verhafteten und Verschwundenen" (ASFADDES) die Bevölkerung auf diese Staatsverbrechen aufmerksam macht und versucht, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Seit "15 años pbi Colombia"

Realisierung und Schnitt:

Oliver Merchant

Kamera und Ton:

Taimoor Sobhan

Produktion: Oliver Merchant, Taimoor Sobhan, Bianca Bauer

Sprache: Spanisch

Untertitel: Englisch, französisch,

deutsch, italienisch, niederländisch **Laufzeit:** 60 Minuten

dem Jahr 2000 begleitet pbi die Koordinatorin von ASFADDES Medellín, Martha Soto, die im Interview erzählt: "Ohne pbi gäbe es ASFADDES Medellín bestimmt nicht mehr. Und ich wäre nicht mehr hier."

Auch die durch pbi Entsendeten kommen in der sechzig-minütigen Dokumentation zu Wort. Sie berichten von ihrer Arbeit, die neben der physischen Schutzbegleitung vor allem aus politischer Begleitung besteht. So werden vom Büro in Bogotá aus Gespräche mit Organisationen und Regierungsvertretern organisiert und die Begleitung von Mitgliedern der begleiteten Organisationen bei Gerichtsterminen vorbereitet.

Etwa 156.000 Personen sind in Kolumbien in den letzten zwanzig Jahren durch sogenannte "informelle Verbände", in erster Linie mit dem kolumbianischen Staat kooperierende paramilitärische Einheiten, ermordet worden. Zu diesem Ergebnis kam die Sondereinheit "Gerechtigkeit und Frieden" der kolumbianischen Staatsanwaltschaft im Dezember 2009. Weitere 210.000 Personen wurden Opfer des sogenannten "Verschwindenlassens". Die oppositionelle Senatorin Gloria Inés Ramírez beziffert die Anzahl der Verschwundenen in den vergangenen 33 Jahren sogar auf 500.000 Fälle.

"15 años pbi Colombia" gibt den Opfern und ihren Angehörigen ein Gesicht – und ist ein ermutigendes Plädoyer für zivilgesellschaftliches Engagement. Der Film ist auf DVD in der Geschäftsstelle von pbi erhältlich sowie im Internet zu sehen unter: vimeo.com/channels/pbi - -

Christoph Behrends

Schwerer Stand für MenschenrechtlerInnen in Kolumbien

Medienkampagne diffamiert legitime Arbeit von Organisationen

Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien stehen auf einem schwierigen Posten. Bei Konflikten zwischen Regierung, Wirtschaft, Rebellen und Paramilitärs geraten sie zwischen die Fronten der Beteiligten eines seit Jahrzehnten andauernden Konfliktes. Ein Beispiel für diese Problematik und auch für die immer wieder erfolgreich versuchte Einflussnahme auf die Medien seitens verschiedener InteressenvertreterInnen bietet ein Artikel, der am 13. Dezember 2009 im Wall Street Journal erschienen ist.

Unter dem Titel "Die F.A.R.C. und die gemeinnützigen Organisationen" lässt die US-amerikanische Journalistin Mary O`Grady mit Daniel Sierra Martinez einen ehemaligen hochrangigen Kommandeur der Rebellenorganisation F.A.R.C. (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) zu Wort kommen. Die Autorin beschreibt Verbrechen und Ge-

schehnisse, die sich nach Aussagen des ehemaligen Rebellenkommandeurs so zugetragen haben sollen. Dieser befindet sich zur Zeit in den Händen des kolumbianischen Militärs. Seine Aussagen belasten die mit pbi zusammenarbeitenden Menschenrechtsorganisation "Justicia y Paz", die von pbi begleitete Friedensgemeinde "San José de Apartadó" und pbi selbst schwer. Sierra Martinez behauptet, sowohl Menschenrechtsorganisationen als auch Friedensgemeinden in Kolumbien würden Aktivitäten der Guerilla decken, verschleiern und Angehörigen der Guerilla Unterstützung geben.

Sehr einseitige journalistische Berichterstattung O`Gradys

pbi Kolumbien weist die Vorwürfe in einem an die Autorin gerichteten offenen Brief zurück. In der im Internet auf Spanisch veröffentlichten Erklärung weist Emily Nelson stellvertretend für



listin hin. Der Artikel O`Gradvs beruhe auf nur einer einzigen Quelle und sie habe die Aussagen des kolumbianischen Guerilleros Daniel Sierra Martinez veröffentlicht, ohne seine Angaben zu überprüfen. Die Journalistin habe es versäumt, mit den beschuldigten Organisationen wie "Justicia y Paz" oder pbi zu sprechen. Auch die beschuldigten Mitglieder der Friedensgemeinde "San José de Apartadó" wurden nicht interviewt. In ihrem Schlusssatz weist Emily Nelson auf die Gefahren hin, die in einem Land wie Kolumbien mit solchen Aussagen für die Betroffenen verbunden sind und bezeichnet die Anschuldigungen als höchst gefährlich.

Die im Wall Street Journal veröffentlichten Aussagen des ehemaligen Guerillakämpfers Daniel Sierra Martinez erscheinen zudem in einem anderen Licht, wenn man berücksichtigt, dass der Guerillero einem Angebot des kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe folgte und sich dem Militär stellte, nachdem er das Vertrauen der F.A.R.C. verloren hatte. Das Angebot Uribes sichert geständigen Guerillakämpfern und Angehörigen der paramilitärischen Einheiten Strafminderung zu. Bedingung ist, dass diese sich den Behörden stellen und mit ihrer Vergangenheit abrechnen.

Für pbi Kolumbien sind diese Geschehnisse in höchstem Maß besorgniserregend. So ist der im Wall Street Journal erschienene Artikel auch nur die bisherige Spitze eines Berges an Diffamierungen und Angriffen auf Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien. Vorausgegangen waren in den letzten Jahren eine Reihe von Veröffentlichungen einheimischer JournalistInnen



"Justicia y Paz" unterstützt afrokolumbianische und indigene Gemeinden auf ihrem Weg zum Frieden



"Die Gemeinde beteiligt sich nicht am Krieg und trägt keine Waffen". Schild am Eingang zur Friedensgemeinde "San José de Apartadó"

in lokalen und landesweiten Medien. So äußerte sogar der im August 2002 gewählte kolumbianische Präsident Álvaro Uribe in einer Rede im Jahr 2003 die Ansicht, einige der in Kolumbien aktiven Menschenrechtsorganisationen könnten terroristische Aktivitäten im Lande decken.

Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen geschwächt

Die Diffamierungsvorfälle stehen in direktem Zusammenhang mit der Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen in der Region. "Justicia y Paz" und die Friedensgemeinde "San José de Apartadó" setzen sich für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung in Bezug auf die zahllosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Region in den letzten zehn Jahren ein. Sie verbindet die Tatsache, dass sie Anklagen gegen die 17. Brigade der kolumbianischen Armee erhoben haben bzw. die Opfer in strafrechtlichen Prozessen gegen die 17. Brigade verteidigen.

Zur Zeit läuft ein Prozess gegen zehn hochrangige Militärs, die im Februar letzten Jahres festgenommen wurden. Sie sind angeklagt, an einem Massaker in der Friedensgemeinde San José de Apartadó im Februar 2005 beteiligt gewesen zu sein. Dabei starben acht Menschen. Kolumbianische Menschen-

rechtsorganisationen befürchten einen straffreien Ausgang für die Angeklagten in diesem Prozess. Ob ein Zusammenhang zu dem zeitgleich im Wall Street Journal erschienenen und unter anderem gegen die Friedensgemeinde von San José de Apartadó gerichteten Aufsatz von Mary O`Grady zu sehen ist, liegt im Auge der BetrachterInnen.

pbi geht nach der Auswertung der Situation davon aus, dass pbi nicht das Hauptziel der Angriffe darstellt, sondern vielmehr die von pbi begleiteten Organisationen getroffen werden sollen. Der Versuch, die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen in der Region zu delegitimieren, führt zu einer Schwächung der Schutzbegleitung. Dadurch werden die Möglichkeiten für MenschenrechtsverteidigerInnen, in einem sicheren Rahmen zu agieren, in Mitleidenschaft gezogen.

Unterstützung für einen friedlichen Weg ohne Waffen

Die Gegend um die Stadt Barrancabermeja ist reich an Bodenschätzen. Die Region Urabá bietet fruchtbare Böden und liegt strategisch günstig. Vor diesem Hintergrund sehen sich die BewohnerInnen dieser beiden Regionen immer wieder der Gefahr von Vertreibung und Entführungen ausgesetzt. Die von pbi begleitete Menschenrechtsorgani-

sation "Justicia y Paz" unterstützt afrokolumbianische und indigene Gruppen und Gemeinden, die sich entschieden haben, auf friedlichem Wege und ohne Waffen für ihre eigenen Rechte einzutreten. Im bewaffneten innerkolumbianischen Konflikt sind die von "Justicia y Paz" begleiteten Gemeinden und die Organisation selbst immer wieder Opfer von gewaltsamen Übergriffen durch verschiedene AkteurInnen des Konfliktes. "Justicia y Paz" hat einen konfessionsübergreifenden, chen Hintergrund und setzt sich seit 18 Jahren für Gerechtigkeit und gewaltfreie Lösungen in Kolumbien ein.

Die beiden von pbi begleiteten Gemeinden in der Region Urabá waren in den letzten Monaten immer wieder das Ziel einseitiger und diffamierender Veröffentlichungen in Presse und Internet. Die Friedensgemeinden möchten ohne Verbindung zu den Beteiligten des innerkolumbianischen Konfliktes leben und verzichten auf Gewalt und den Einsatz von Waffen. Sie berufen sich auf das Humanitäre Völkerrecht, das den Schutz der Zivilbevölkerung in einem bewaffneten Konflikt vorsieht. Die Friedensgemeinden wurden in der Hoffnung, sich so vor erneuten Vertreibungen und Übergriffen schützen zu können, in den 1990iger Jahren in einigen Konfliktregionen Kolumbiens gegründet. Vor allem die Gemeinde von San José de Apartadó steht durch die Veröffentlichung im Wall Street Journal und durch den aktuell laufenden Prozess um die Verwicklung von Militärs in Straftaten gegen Gemeindemitglieder im Brennpunkt des Geschehens.

pbi machte in Gesprächen mit VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft und der kolumbianischen Regierung diese Anschuldigungen als gezielte Verleumdungen kenntlich. Die Botschaften der Ländergruppen wurden gebeten, sich bei der kolumbianischen Regierung für den Schutz der kolumbianischen MenschenrechtsverteidigerInnen einzusetzen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Unterstützung den Friedensgemeinden und "Justicia y Paz" ermöglicht, ihren Weg für Gewaltfreiheit und eine friedliche Lösung des Konflikts in Kolumbien ungehindert fortzusetzen. - - **p** Ole Wrobel

Personalia

Kolumbien



Alex Klüken, 33, ist Sozialpädagoge und arbeitet freiberuflich als Trainer zu konstruktiver Konfliktbearbeitung, internationalem Jugendaustausch und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Während verschiedener Aufenthalte in Kolumbien stieß er auf die Arbeit von pbi. Seit Januar 2010 arbeitet er im Kolumbienprojekt.



Wiebke Paula Diederichs, 33, hat Lateinamerikanistik mit Politik und Soziologie studiert. 2007/8 absolvierte Wiebke ein einjähriges Praktikum bei "ICJA Freiwilligenaustausch" und startete das Fernstudium "Peace Studies". Seit Januar 2010 ist sie im Kolumbienprojekt tätig.

Mexiko



Graciela Martínez González, 26, kommt aus Madrid, Spanien, und studierte dort Politikwissenschaft. Im August 2007 zog sie nach Berlin und engagiert sich seit 2009 in der pbi-Regionalgruppe Berlin. Im Januar 2010 reiste Graciela ins Mexikoprojekt aus.



Michael Schlegel, 39, kommt aus Bremen. Mexiko bereiste er Zeit seines Lebens schon mehrfach. Während seines Studiums der Soziologie und Kulturwissenschaft wurde er auf pbi aufmerksam. Im März 2010 reiste Michael ins Mexikoprojekt aus und unterstützt das Team in Chilpancingo.



Stefan Zimmer, 34, ist Politologe und lebt in Berlin. Seit 2001 unterstützte er aktiv verschiedene Projekte in Mexiko im Bereich der Menschenrechtsarbeit, Konflikttransformation und sozialen Bewegung. Anfang Oktober 2009 startete er seine Arbeit im Mexikoprojekt, wo er in Oaxaca eingesetzt wird.

Nepa



Raphael Aaron Vergin studierte Politikwissenschaft und Amerikanistik mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen, Friedensund Konfliktforschung sowie Außen- und Entwicklungspolitik. Seit Oktober 2009 ist Raphael im Nepalprojekt tätig.



Jochen Riegg, 28, hat Friedens- und Konfliktforschung studiert. Schon während des Studiums und eines Praktikums in einer Menschenrechtsorganisation hat er sich sehr für den Konflikt in Nepal interessiert. Ende November 2009 begann Jochen schließlich die Mitarbeit im pbiNepalprojekt.

Guatemala



Kathrin Bull, 26, hat Soziale Arbeit studiert. Nach ihrer Ausbildung ging sie für einige Monate nach Guatemala, wo sie in guatemaltekischen Sozialprojekten (NGO's) tätig war. Zurück in Deutschland begann sie in einem Heim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu arbeiten. Im Dezember 2009 reiste sie ins Guatemalaprojekt aus.



Lena Niehaus, 26, ist seit März 2010 im Guatemalaprojekt tätig. Sie hat Politikwissenschaft mit Friedens- und Konfliktforschung und Jura studiert. Zuvor lebte Lena ein Jahr in Uruguay, um in einem sozialen Projekt mitzuarbeiten. Sie ist seit einigen Jahren bei amnesty international und in der United Nations Society Marburg aktiv.



Silvia Weber, 34, studierte Politikwissenschaft. Sie war einige Jahre in der Guatemala-AG und der pbi-Regionalgruppe Leipzig aktiv. Im Mai 2008 reiste sie ins Guatemalaprojekt aus. Seit November 2009 hat sie eine Stelle als ZFD-Friedensfachkraft und unterstützt nun für zwei Jahre das Team als Inlandskoordinatorin.

Indonesien



Anne Schäfer, 25, hat im Rahmen ihres Biologiestudiums sechs Monate in Indonesien verbracht und bekam Einblick in die Probleme des Landes. Mit dem Wunsch, den MenschenrechtsaktivistInnen zu helfen, startete Anne im März 2010 ihre Tätigkeit im Indonesienprojekt.

Deutschland



Kendra Johnson, 23, kommt aus den USA und hat Psychologie und "International Studies" studiert. 2009 absolvierte sie ein Freiwilliges Soziales Jahr mit der Jugendhilfe "Collstede". Seit Februar 2010 ist Kendra als Freiwillige in der pbi-Geschäftsstelle tätig.



Maik Müller, 32, ist Diplom-Regionalwissenschaftler. 2008 reiste er ins Mexikoprojekt aus. Danach unterstützte Maik das Hamburger Büro als Projektreferent. Seit Februar 2010 verstärkt er den Bereich Fundraising und Projektbegleitung. Nebenbei widmet er sich auch der Mediation und dem Konfliktmanagement.



Françoise Greve arbeitete knapp zwei Jahre im Mexikoprojekt. Davor war sie mehrere Jahre in Kollektiven zur Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen sowie in der antirassistischen Arbeit engagiert. Seit November 2009 arbeitet sie von Berlin aus als Projektreferentin.

PBI-KONTAKTE

Berlin: Francoise Greve, Tel.: 0157 – 81 87 88 20 regionalgruppe-berlin@pbi-deutschland.de

Rhein/Main: Nicole Nienaber, Tel.: 0611 – 137 67 59 regionalgruppe-rheinmain@pbi-deutschland.de

Hamburg: Dr. Heinke Wendt, Tel./Fax: 040 – 87 11 39 Christel Köhler, regionalgruppe-hamburg@pbi-deutschland.de

Köln: Detlef Mrosk, Tel.: 02205 – 852 80 regionalgruppe-koeln@pbi-deutschland.de **Leipzig:** Patrice Castillo, Tel.: 0341 – 301 54 44 regionalgruppe-leipzig@pbi-deutschland.de

Stuttgart: Bernhard Hametner, Tel.: 07022 – 24 14 36

regionalgruppe-stuttgart@pbi-deutschland.de

Guatemala-AG: Simone Einfeldt, Tel.: 040 - 53 79 35 91

guatemala@pbi-deutschland.de

Indonesien-AG: Gerrit Meyer, indonesien@pbi-deutschland.de

Kolumbien-AG: Sascha Rusicke, Tel.: 030 - 23 27 38 24

kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-Projekt: Heike Kammer, Tel.: 0178 - 730 53 97

mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-Projekt: Karin Kelz, Tel.: 040 - 28 78 15 72

nepal@pbi-deutschland.de

AG Freiwilligenbegleitung: Suhela Behboud, Tel.: 040 - 80 60 12 86

suhela.behboud@pbi-deutschland.de

Rundbrief-AG: Doris Erdmann, Tel.: 040 – 38 90 43 70

doris.erdmann@pbi-deutschland.de

Puppentheater-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 - 730 53 97

milanomi2@yahoo.com

LÄNDERBÜROS

pbi – Deutscher Zweig e.V., Harkortstr. 121, D-22765 Hamburg Tel.: +49 – 40 – 389 04 37 – 0, Fax: +49 – 40 – 389 04 37 – 29 E-Mail: info@pbi-deutschland.de, Internet: www.pbi-deutschland.de

pbi Österreich

Christine Hirtl, Kurzegasse 15, A-8020 Graz Tel.: +43 – 316 – 99 52 90, E-Mail: chirtl@gmx.at

ANSPRECHPARTNER/IN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Unterstützung der Koordination: Kendra Johnson

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Paola Rosini, Heike Kammer, Volker Uhl

Projektbegleitung: Adam Muminoviç, Sabine Günther, Maik Müller

Öffentlichkeitsarbeit: Doris Erdmann

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerInnen: Françoise Greve

TERMINE

Informationsseminare

11.-13.06.10: Hamburg **03.-05.09.10:** Bonn

26.-28.11.10: Seeheim-Jugenheim (bei Darmstadt)

Weiterbildungsseminare

05.-06.06.10: Konsens und Gesprächsführung, Berlin
 26.-27.06.10: Gewaltfreie Kommunikation, Köln
 September 2010: Internationale Menschenrechtssysteme,

Hamburg

Alle Veranstaltungstermine finden Sie auf unserer Website www.pbi-deutschland.de

PROJEKTSPEZIFISCHE TRAININGS

Kolumbien-Projekt

17.-24.10.10: Spanien (Valladolid)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 06.05.2010

Nepal-Projekt

Herbst 2010: Ort wird noch bekannt gegeben

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. vier Monate vorher

Die Termine der projektspezifischen Trainings für Guatemala, Mexiko und Indonesien standen zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.pbi-deutschland.de

FÖRDERER DIESER AUSGABE



Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar! Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200–105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD